70. Jahrgang. № 553 Donnerstag, 26. November 1925

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachtgespräche: 20 011.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Bezugsgebühr vom 16. bis 30./11. 25 bei täglich zweimaliger Zustellung ins Haus 1,50 Mark. Postbezugspreis für Monat November 3 Mark. Einzelnummer 10 Pfg.

Anzeigenpreise. Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die 11spalt. 30 mm br. Zeile 30 ₰, ausw. 35 ₰. Familienanzeigen u. Stellengesuche ohne Rabatt 10 ₰ außerd. 20 ₰, die 90 mm br. Reklamezeile 150 ₰ außerd. 200 ₰. Offertengebühr 10 ₰. Ausw. Aufträge geg. Vorausbezahl.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Lübeck KAKAO, SCHOKOLADE
MARKE DREIRING
Firma gegr. 1838.

Anerkannt gute preiswerte
Weine und Küche
Limbäcker
Fernsprecher 13777
Johann-Georgen-Allee 8

Herriot bildet das französische Kabinett.

Doumers Mission gescheitert. — Vor dem Eintritt der Sozialisten in das Kabinett.

Deutscher Einspruch gegen die Mehrbelastung von Trier. — Skrzynskis Programm. — Die kleinste Koalition in Baden.

Doumer lehnt ab.

Paris, 25. Nov. Um 6,15 Uhr hat Senator Doumer das Elysée verlassen. Da er für die Durchführung des Finanzsanierungsprogramms nicht die erwartete Zustimmung erhalten hat, hat er den Präsidenten der Republik ersucht, ihn von der Mission, ein Ministerium zu bilden, zu entbinden. Darauf hat der Präsident der Republik Herriot zu sich, um ihm die Kabinettsbildung zu übertragen. Herriot hat den Auftrag angenommen.

Nachdem Kammerpräsident Herriot das Elysée verlassen hatte, kehrte er in das Gebäude des Kammerpräsidiums zurück und stattete unmittelbar darauf dem Senatspräsidenten de Selves einen Besuch ab. Kammerpräsident Herriot hat für heute abend 10 Uhr eine Anzahl politischer Freunde zu sich gebeten, um mit ihnen die Art und Weise zu prüfen, wie er den Auftrag, den ihm der Präsident der Republik erteilt hat, lösen kann. (W. T. B.)

Die neue Flickarbeit im Linkskartell.

(Durch Funkspruch.)

Paris, 25. Nov. Die Vorstände der vier zum Kartell der Linken gehörenden Fraktionen sind heute vormittag zu einer Sitzung zusammengetreten, um zu dem gestrigen Beschluß der Sozialistischen Partei Stellung zu nehmen. **Abg. Blum** erläuterte die von der sozialistischen Fraktion angenommene Tagesordnung, die die Bereitschaft zur Uebernahme der Regierung oder einer Teilnahme aussprach. Namens seiner Fraktion erklärte **Senator Sarraut**, daß sämtliche Radikale Anhänger einer gemeinsamen Aktion seien. **Allerdings müsse festgestellt werden, ob man bis zur Auflösung gehen wolle.** Blum erklärte, auch seine Partei habe gewisse Bedenken, zur Auflösung zu schreiten. Was den Sanierungsplan anbetreffe, so sei die Sozialistische Partei zu Abänderungen bereit. Ihr wesentlicher Grundsatz laute jedoch: **Alles, nur keine Inflation!** Namens der sozialistischen Republikaner schloß sich Abg. **Brunot** den Ausführungen Sarrauts an. **Loucheur** machte gewisse Vorbehalte hinsichtlich des sozialistischen Finanzsanierungsprogramms.

Paris, 25. Nov. Die sozialrepublikanische Kammerfraktion (Painlevé-Briand) begrüßt in einer heute nachmittag angenommenen Tagesordnung den Entschluß der sozialistischen Kammerfraktion, sich an der Regierung zu beteiligen, versichert jeder Linksregierung, die energisch für die Finanzsanierung eintreten wird, ihre Stimme zu geben und bringt ihre Ueberzeugung dahin zum Ausdruck, daß ein aus allen Elementen des Kartells der Linken gebildetes Ministerium im Parlament ein disziplinierte Mehrheit für die den gegebenen Umständen nach unverzüglich zu treffenden Lösungen finden wird. (W. T. B.)

Die Opposition geschlossen gegen die Pläne der Sozialisten.

Paris, 25. Nov. Die Vertreter der Fraktionen der demokratisch-republikanischen Linken (44 Sitze), der demokratisch-republikanischen Vereinigung (104 Sitze) und der Demokraten (14 Sitze) haben heute vormittag eine gemeinsame Entschließung angenommen, in der sie sich gegen das im Programm der Sozialisten enthaltene Moratorium wenden und gegen die Abgabe vom Kapital, sowie **gegen die in der Entschließung der Sozialisten zum Ausdruck gekommene Absicht, eine Regierung der Gewalt und der revolutionären Diktatur zu bilden, protestieren,** und sich schließlich für die Unterstützung jeder Regierung aussprechen, die den Frieden im Innern verwirklicht, die verfassungsmäßigen Gesetze respektiert und für die Verteidigung des Franken und des öffentlichen Kredits eintritt. (W. T. B.)

Weiterer Frankensturz.

London, 25. Nov. An der Londoner Börse ist heute der französische Franken auf 129,12 gefallen. In Börsenkreisen erwartet man einen weiteren Kursrückgang, selbst wenn bald eine neue Regierung gebildet werden sollte. (T.-U.)

Briand und die Locarno-Unterzeichnung.

Paris, 25. Nov. Außenminister Briand erklärte beim Verlassen des Elysées, er sei gekommen, um eine das Außenministerium betreffende Frage mit dem Präsidenten der Republik zu besprechen. Man nimmt an, daß Briand sich bezüglich der Möglichkeit, sich zwecks Unterzeichnung des Paktes von Locarno nach London zu begeben, informiert habe. (W. T. B.)

England als Weltdiktator.

In seiner Reichstagsrede vom Dienstag bemerkte Dr. Stresemann unter anderem, Deutschlands ungetrübtes Verhältnis zu Rußland werde am besten dadurch gekennzeichnet, daß Deutschland unmittelbar vor Locarno unter schweren Opfern den deutsch-russischen Handelsvertrag abgeschlossen habe. Diese Erklärung mutet außerordentlich seltsam an. Opfer werden im politischen Leben, wo persönliche Empfindsamkeiten nicht mitzusprechen haben, von jedermann und gerade auch vom politischen Gegner mit Vergnügen entgegengenommen — warum hätte sie ein wirtschaftlich bedrängter Staat, wie Sowjetrußland, ablehnen sollen? Viel wesentlicher für die Beurteilung des deutsch-russischen Verhältnisses wäre uns die Tatsache erschienen, wenn dieser Handelsvertrag nach Locarno, und zwar mit möglichst geringen Opfern, abgeschlossen worden wäre; dann hätte man ihn vielleicht mit größerem Rechte als Gradmesser der russischen Sympathie für die politische Willensrichtung in Berlin betrachten können. So ist die Vermutung nicht unbegründet, man habe deutscherseits die Angelegenheit zuletzt, koste es, was es wolle, übers Knie gebrochen, weil man befürchten mußte, nach Locarno würde der Abschluß erheblich schwieriger werden, schwieriger nicht nur hinsichtlich Rußlands, sondern vor allem auch im Zusammenhang mit dem neuen Locarno-Kurs, der trotz aller tönenden Parlamentsphrasen das Fell des russischen Bären für die britische Trophäenkammer einbringen soll.

Wir stehen in der Tat an einer politischen Zeitwende, wir ebenso wie die anderen — nur daß wir zu den „Gewendeten" gehören, während England der Angelpunkt ist, um den sich abermals die Geschichte einer neuen Epoche dreht. Es lohnt sich, einmal kurz zurückzuschauen, um das Werk von Locarno, das nur der oberflächliche Betrachter als „aus deutscher Initiative entsprungen" bezeichnen kann, im richtigen Lichte zu betrachten und es in seiner Bedeutung für die Weltpolitik zu erkennen.

Der Grund, der für die Beteiligung Englands am Kriege ausschlaggebend wurde, war die Bedrohung seiner Landverbindung nach Indien durch die deutsche Orientpolitik. Das Ringen zwischen Rußland und Großbritannien um Asien, das die letzten Jahrzehnte überschattet hatte, war durch das Auftreten Deutschlands noch weiter kompliziert worden. Von der Erkenntnis ausgehend, daß ein Kampf gegen die beiden Kaiserreiche gleichzeitig die englischen Kräfte übersteigen werde, warf sich England kurz entschlossen auf das noch im Aufbau begriffene und daher leichter zu bekämpfende Deutsche Reich und vergaß für eine Weile, daß zwischen Moskau und London unversöhnliche Gegnerschaft bestand. Es empfand — ob mit Recht oder Unrecht, soll hier nicht erörtert werden — die Bagdadbahn, das Symbol des deutschen Einflusses in der Türkei, als eine Art Dolch, der gegen das Herz der britischen Weltmachtstellung gerichtet war, und hatte Tag und Nacht nur den einen Gedanken, diese Waffe stumpf zu machen. England wußte dabei genau, daß Deutschland nicht daran dachte, Machtpolitik im Orient zu treiben; aber da es den deutschen Kaufmann vielleicht noch mehr als den deutschen Offizier fürchtete, war ihm die schwarz-weiß-rote Flagge auf dem Wege nach Indien in jeder Gestalt unerträglich. Als 1914 — eben noch zur rechten Zeit — auf dem Kontinent das europäische Schwert zur Vernichtung Deutschlands geschmiedet worden war, ergriff — oder besser ließ es Großbritannien ergreifen und schlug zu. Gleichzeitig aber suchte es die Sünden politischer Saumseligkeit so rasch wie möglich wieder gut zu machen und die indische Nährmutter mit dem europäischen Drohnenstaat durch eine feste, von England beherrschte Landbrücke zu verbinden. Aegypten, Zypern, Palästina und Irak sind die Stationen, die die außerordentlich erfolgreiche Arbeit der englischen Diplomaten kennzeichnen. Als der Krieg zu Ende war, der deutsche Rivale am Boden lag und Rußland auf lange Zeit hinaus politisch gelähmt erschien, merkte man indessen in London mit Schrecken, daß man sich in dem eigenen Bundesgenossen Frankreich einen weit gefährlicheren Gegner herangezogen hatte. Auch Paris war nicht untätig gewesen. Alte, von nationalen Hoffnungen getragene Bestrebungen in Syrien und Kleinasien schienen mit dem Zusammenbruch der Türkei nahe der Erfüllung, und der gekitzelte Nationalismus der Franzosen träumte, gestützt auf den von Paris aus beherrschten europäischen Kontinent, von einem gallischen Weltreich, das womöglich an die Stelle des britischen treten sollte.

Der Westausschuß fordert weitere Rückwirkungen.

Räumung der 2. und 3. Zone.

Volksabstimmung im Saargebiet.

Berlin, 25. November. Der Westausschuß für Rhein, Saar, Ruhr und Pfalz hat eine Entschließung zu Locarno gefaßt, in der es heißt:

Der Westausschuß ist aufs tiefste enttäuscht, daß sich die Botschafterkonferenz nicht zu dem Maße von Zugeständnissen verstanden hat, daß sie dem Rheinland die Freiheit und dem Deutschen Reich die volle Souveränität im besetzten Gebiet zurückgibt. Er erkennt es als seine Aufgabe an, mit allen Kräften dahin zu drängen, daß die Unterzeichner des Versailler Vertrags die in diesem gegebene Möglichkeit, die zweite und dritte Zone vor Ablauf weiterer fünf und zehn Jahre von fremder Besetzung zu befreien, zur Wirklichkeit machen. Ferner muß gleichzeitig mit dem früheren Abzug der Truppen aus der dritten Zone auch die Volksabstimmung an der Saar vorgenommen werden.

Der Westausschuß erkennt an, daß der rheinischen Bevölkerung durch Abschaffung des Delegiertensystems und durch fühlbare Herabminderung der Heeresstärke Erleichterungen verschafft werden. Er bedauert aber, daß dieses Programm in vielen Einzelheiten höchst unklar und lautschukartig geblieben und nicht rechtzeitig vor dem 1. Dezember in eindeutiger Form gebracht worden ist. **Er spricht die bestimmte Erwartung aus, daß durch Mitarbeit des wiedererrichteten Reichskommissariats die rheinischen Erleichterungen nicht leere Versprechungen bleiben, sondern dem Anspruch der rheinischen Bevölkerung auf Sicherheit der Person, auf Ruhe des Familienlebens, auf Freiheit der politischen Meinungsäußerung in Wort und Schrift und auf ungehemmte Wirtschaftsentfaltung gerecht wird.**

Der Reichskommissar in Koblenz eingetroffen.

Koblenz, 25. Nov. Hier ist der Reichskommissar für die besetzten Gebiete heute vormittag eingetroffen und hat vorerst im „Koblenzer Hof" Wohnung genommen. Die Arbeiten im Gebäude des früheren Generalkommandos zur Fertigstellung der Wohnung und des Bureaus für das Reichskommissariat sind in vollem Gange.

Einspruch des Reiches gegen die verstärkte Besetzung von Trier.

Berlin, 25. Nov. Die Reichsregierung hat gegen die angekündigte schwere Belastung der Stadt Trier mit französischen Truppen entschiedene Vorstellungen durch den deutschen Botschafter, Herrn v. Hoesch, in Paris bei der französischen Regierung erhoben. In Berliner politischen Kreisen hat man die Hoffnung, daß die französischen Absichten sich noch würden rückgängig machen lassen, zumal es in letzter Zeit schon mehrfach gelungen sei, solche drohende Maßnahmen abzubeugen. Die französischen Androhungen sollen im übrigen als ein Uebergriff militärischer Stellen gelten, von denen, wie man meint, die französische Regierung offiziell keine Kenntnis hat.

Man wird abzuwarten haben, welcher Erfolg den Bemühungen der Reichsregierung um Rückgängigmachung der neuen Wohnungsanforderungen für Trier beschieden sein wird; daß sie aber überhaupt in die Lage gekommen ist, nach Locarno gegen solche Maßnahmen der französischen Militärgewalt im Rheinlande ankämpfen zu müssen, beweist deutlich, daß in Frankreich der „Geist von Locarno" noch nicht allzuviel Boden gewonnen hat.

Auch Jülich wird erneut belastet.

Jülich, 25. Nov. In der Stadtverordnetenversammlung teilte Bürgermeister Kienzen mit, daß entgegen der Ankündigung des Generaldelegierten bei der Reichsvermögensverwaltung in Aachen, die am 12. November erfolgte Anforderung von weiteren 145 Wohnungen für die Verstärkung der Garnison nach der Räumung der ersten Zone sei vorläufig zurückgezogen, **der hiesige Ortskommandant erklärt habe, ihm sei davon nichts bekannt. Tatsächlich beginne das belgische Wohnungsamt mit der Aufnahme von Wohnungen.** In Anbetracht der dadurch in der Bevölkerung entstandenen Beunruhigung nahm die Stadtverordnetenversammlung einstimmig eine Entschließung an, in der **die in Frage kommenden deutschen Behörden um nachdrücklichen Schutz gegen jede nachmalige Belastung der Bürgerschaft gebeten werden.**

SLUB
Wir führen Wissen.